

Parlamentarischer Vorstoss

2026/3528

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Optimierung des Angebotes und der Fahrplanstabilität auf den Buslinien 80/81
Urheber/in:	Désirée Jaun
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Ackermann, Bammatter, Boerlin, Brodbeck, Fareri, Hänggi, Ismail, Jansen, Kaufmann Urs, Kirchmayr, Koller, Krebs, Locher, Meschberger, Mikeler, Noack, Oberbeck, Roth, Schürch, Stöcklin, Weber Killer, Weibel, Wicker-Hägeli, Wyss
Eingereicht am:	12. Februar 2026
Dringlichkeit:	—

Die Buslinien 80 und 81 verkehren von Liestal Bahnhof bis zum Aeschenplatz in Basel über Füllinsdorf, Pratteln, MuttENZ und Birsfelden beziehungsweise zusätzlich über Augst.

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2025 wurde die Haltestelle der Buslinien 80 und 81 bei der Migros Bank am Aeschenplatz ohne frühzeitige Kommunikation aufgehoben. Die Busse halten seither ausschliesslich bei der Haltestelle beim «Hammering Man» auf der gegenüberliegenden Seite des Aeschenplatzes. Diese Regelung galt bislang lediglich werktags während der Stosszeiten zwischen 16.30 und 18.30 Uhr.

Die dauerhafte Aufhebung der Haltestelle bei der Migros Bank führt zu einer deutlichen Verschlechterung der Anbindung dieser Buslinien an den Bahnhof Basel SBB. Die Überquerung des stark frequentierten und nicht barrierefreien Aeschenplatzes stellt insbesondere für ältere Menschen, mobilitätseingeschränkte Personen sowie Personen mit Kinderwagen erhebliche Schwierigkeiten sowie ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar. Dies bedeutet insgesamt eine qualitative Verschlechterung des öffentlichen Verkehrsangebots.

Die Haltestelle bei der Migros Bank wurde im Jahr 2008 als Kompromiss eingeführt. Anlass war eine Petition, welche eine direkte Anbindung des Sternenfeld-Quartiers in Birsfelden sowie der Basler Quartiere Lehenmatt und Breite an den Bahnhof SBB forderte. Die Petition richtete sich an die Regierungen und Parlamente beider Basel. Von der Haltestelle bei der Migros Bank profitieren seither nicht nur die Nutzerinnen und Nutzer aus den genannten Quartieren, sondern auch die Bevölkerung sämtlicher Gemeinden entlang der Buslinien 80 und 81. Die Einführung der Haltestelle wurde von beiden Kantonen beschlossen und mitgetragen. Unklar ist, welche Stelle die Aufhebung der Haltestelle beschlossen hat und ob sie hierfür über die entsprechende Kompetenz verfügt.

Die Aufhebung der Haltestelle dürfte mit dem Ziel erfolgt sein, die Fahrplanstabilität zu verbessern. Die teilweise erheblichen Verspätungen auf den Linien 80 und 81 entstehen jedoch auf verschiedenen Abschnitten der langen Busstrecke. Eine isolierte Massnahme an der Endhaltestelle ist daher nicht geeignet, die bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Stattdessen sollte die gesamte Strecke betrachtet und gemeinsam mit allen involvierten Stellen Massnahmen zur langfristigen Verbesserung der Fahrplanstabilität geprüft und umgesetzt werden.

Auch in der Bevölkerung regt sich Widerstand gegen die Aufhebung der Haltestelle. Die Petition [«Für den Erhalt der Haltestelle Aeschenplatz»](#) wurde innert kurzer Zeit von rund 560 Personen unterzeichnet und am 12. Februar 2026 eingereicht.

Vor diesem Hintergrund sind Massnahmen zur Verbesserung des öV-Angebotes und der Fahrplanstabilität angezeigt, um einen qualitativ hochwertigen, möglichst barrierefreien und sicheren öffentlichen Verkehr gemäss den Beschlüssen der Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sicherzustellen. Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. dafür zu sorgen, dass die Haltestelle der Buslinien 80 und 81 bei der Migros Bank am Aeschenplatz zum nächstmöglichen Termin wieder bedient werden kann, um eine möglichst direkte und barrierefreie Anbindung an den Bahnhof Basel SBB sicherzustellen.
2. in Zusammenarbeit mit der Autobus AG, den betroffenen Gemeinden sowie dem Kanton Basel-Stadt geeignete Massnahmen, welche die Fahrplanstabilität der Buslinien 80 und 81 nachhaltig verbessern, zu prüfen und umzusetzen.
3. eine Verlängerung der Buslinie 80 und/oder 81 als Direktverbindung bis an den Bahnhof Basel SBB im Sinne eines attraktiven öV-Angebotes zu prüfen.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wurde auch im Kanton Basel-Stadt eingereicht.